**AUS DEN SEKTIONEN** Der Zürcher Bote · Nr. 12 · Freitag, 26. März 2010

## **EIN SVP-MITGLIED STELLT SICH VOR**

#### Hans-Ueli Vogt



Alter: Beruf: 40 Jahre

Professor für Wirtschaftsrecht an de Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich

Gemeinde: Zürich, Kreis 7

#### Seit wann sind Sie Mitglied bei der SVP und warum sind Sie beigetreten?

Ich bin Anfang 2008 der SVP beigetre ten, stehe ihr aber schon seit vielen Jahren nahe. Ich habe mich schon in de Primarschule für Schweizer Politik interessiert, wobei meine politische Aus-richtung schon damals die gleiche war. Beigetreten bin ich der SVP, weil ich nicht mehr nur über Politik lesen und diskutieren, sondem aktiv mitgestalten und mich für das «Erfolgsmodell Schweiz» einsetzen will. Zudem habe ich immer wieder festgestellt, dass meine Tätigkeit an der Universität in jeder Hinsicht unvermeidlich auch poli-tisch gefärbt ist: zum Beispiel die Mitwirkung bei der Studienreform, aber auch die Tätigkeit im Unterricht. Darum bin ich zum Schluss gekommen, dass es nur konsequent ist, politisch auch wirk-lich Farbe zu bekennen.

# Wie engagieren Sie sich innerhalb der Partei?

Seit Anfang 2009 gehöre ich dem Vorstand der SVP Stadt Zürich, Kreis 7, an. Dort versuche ich, zu einem attraktiver Programm für unsere Mitglieder beizutragen. Ich habe auch an verschiede-nen Standaktionen teilgenommen und Unterschriften gesammelt. Zudem will ich mich in den Bereichen der Wirt-schafts- und Unternehmenspolitik und des Bildungs- und Schulwesens enga gieren. Beides sind für die Schweiz, be sonders aber auch für Zürich (Stadt und Kanton) wichtige Themen. Möglicherweise werde ich darum einmal in der

#### Was wünschen Sie sich für die Schweiz?

Dass sie die Werte und Überzeugun gen, die ihrem Erfolg zugrunde liegen, nicht aufgibt, sondern auf sie auch in der Krise vertraut: auf die Leistungs reitschaft und Verantwortung des Einzelnen, einen schlanken, demokrati-schen Staat und weltoffene, selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger

# Welcher Politiker ist Ihr Vorbild

Ein eigentliches Vorbild habe ich nicht. Aber ich gehöre sicherlich zu jenen, die grossen Respekt für alt Bundesrat Christoph Blocher haben. Bei ihm verbinden sich – nach meiner Einschätzung – Sachverstand, Kommunikationstalent und Beharrlichkeit. Zudem sind mir sein Schalk und Humor sympathisch.

### Was sind Ihre nächsten persönlichen Projekte?

An der Schnittstelle zwischen meinen beruflichen und den politischen Interessen liegt ein Buchprojekt über die rechtlichen Fragen der Entschädigung von Verwaltungsräten und Managern, vor dem Hintergrund der «Abzocker-Initiative». Und persönlich möchte ich mich vertieft mit Schweizer Geschichte befassen und endlich (richtig) Tennis

## **LESERBRIEFE**

# Gegenvorschlag für ungültig erklären!

Gemäss der Bundesverfassung und ihren Bestimmungen darf eine Initiative nur ein Thema (Materie) zum Gegenstand haben. Diese Regelung gilt auch für Gegenvorschläge durch das Parlament. Was der Ständerat als Gegenvorschlag zur Ausschaffungsinitia-tive der SVP präsentiert hat, spottet jedem Anspruch und erfüllt die eingangs erwähnte Bedingung nicht.

Einleitend werden Bund, Kantone und Gemeinden zunächst verpflichtet, die Ausländer zu integrieren. Gerät einer in die Mühlen des Gesetzes, haben staatlichen Institutionen offensichtlich versagt und sind fortan in der Schuld der kriminellen Ausländer.

Dann folgt eine zufällig zusammen-gewürfelte Ansammlung von Straftaten, die vieles auslässt, aber sehr hohe Hürden schafft. Bis jemand gemäss diesem Katalog zum Ausschaffungskandidat wird, muss er ein langes Dos-sier bei der Polizei begründet haben. So betonte SP-Ständerätin Anita Fetz in einem TV-Interview: «Wegen dem Klauen eines Handys könne man doch niemanden ausschaffen.» Dabei handelt es sich um einen Diebstahl von 200 bis 1000 Franken. Da meist auch Gewalt dabei angewendet wird, handelt es sich somit um Raub. Offensichtlich ist man in diesem Rat wohl

mehrheitlich der Meinung, dass ein Delinquent die ganze Leiter der krimi-nellen «Karriere» erklimmen muss, bevor er sich als ausschaffungswürdig qualifiziert hat. Dies kann aber erst geschehen, wenn er seine Gefängnisstrafe zu horrenden Kosten für den Steuerzahler abgesessen hat.

Eigentlich sollte eine erste Evidenz von krimineller Energie reichen, um die Integrationsfähigkeit eines Ausländers in Zweifel zu stellen, oder einen voraussichtlich hohen Integrationsaufwand zu vermeiden. Zu guter Letzt versucht dieser Gegenvorschlag das nicht zwingende Völkerrecht in die Bestimmung zu schmuggeln und damit weitere fremde Materie einzubringen. Offenbar wird versucht, nicht zwingendes Völkerrecht in jede neue Bestimmung zu packen, bis es zwingend wird – dies selbstverständlich ohne den Willen der Bürger zu berücksichtigen.

Gerade um solchen schleichenden Missbrauch zu bekämpfen, hat man die Forderung zur Einheit der Materie eingeführt. Ich erwarte die Ungültiger-klärung dieses schludrigen Gegenvorschlages, was ein Novum in Bundesbern und für eine vertiefte Diskussion gut wäre

Stephan Amacker, Neftenbach

#### **Minder-Initiative**

In der Zeitung konnte man dieser Tage lesen, dass Thomas Minder als Gesprächspartner bei vielen Parlamenta-riern im Bundeshaus unbeliebt sei. Dementsprechend war ich am Freitag, 19. März, gespannt auf die Sendung «Arena» des Schweizer Fernsehens, in der Thomas Minder auftreten sollte. Ich erlebte an diesem Abend eine Sternstunde dieser Sendung. Ich bin tief beeindruckt vom Menschen Thomas Minder. Er war wach in jeder Se-kunde dieser Sendung, die er von A bis Z als Alleinkämpfer bestritt. Sicher in der Sache und fair mit seinen Gegnern, dabei von einem Kampfgeist beseelt. der seinesgleichen sucht. ohne ie fanatisch oder missionarisch zu wirken.

Am meisten beeindruckte mich seine Ehrlichkeit, die ich zu seiner wirksamsten Waffe für seinen Kampf zähle. Diese Ehrlichkeit, so denke ich, hat nicht nur mich von seinen Anliegen überzeugt. Eine so kostbare Eigen-schaft ist in der heutigen Zeit, in der die Medien eine so grosse Rolle spie-len, in einer Zeit, in der so vieles verlogen daherkommt, richtig wohltuend In dieser Arena wurden die Gegner von Thomas Minder richtiggehend entlar-

vend vorgeführt!
Diese Parlamentarier, die immer noch nichts gelernt haben, die immer sofort ein Komplott schmieden, sobald sie den Namen Christoph Blocher





maschinen, wus. LXW-Neugum mi • Alis- + Stahlfelgs

Otto Schaufelberger Hinwil

hören, ertragen es einfach nicht, dass Christoph Blocher als Politiker und Mensch eine Ausnahmeerscheinung ist und bleibt. Diesen Satz hätte ich nicht gewagt zu schreiben, wenn ich nicht im «Tages-Anzeiger» vom 20. März die Aussage vom Schriftsteller vom Bodensee, Martin Walser, gelesen hätte: «Blocher ist ein Monument der Richtigkeit.»

An die Adresse der Parlamentarier, die stets alles bekämpfen, was von Blocher kommt, möchte ich sagen: Hass und Missgunst sind schlechte Ratgeber und schaffen kein positives Lebensgefühl. Ich bedaure zutiefst, dass nun Thomas Minder unter diesen Ränkespielen leiden muss, denke aber, dass er über die Kraft verfügt, die es nun braucht, um die Sache zu einem guten Ende zu bringen. Von Herzen wünsche ich – und ich hoffe auch die Mehrheit des Schweizer Stimm-Mehrheit volkes - Thomas Minder diese Kraft.

A. Farner-Ulrich, Oberstammheim







### Sachpolitik?

Es braucht keine Volksabstimmung, um zu wissen, dass das Volk endlich eine griffige und rasche Lösung gegen die Abzockerei fordert. Diese Forderung wird rein ideologisch sowohl von der SP, wie auch von der SVP klar unterstützt. Trotzdem erleben wir ein Polittheater sondergleichen. Insbesondere wird einmal mehr deutlich ersichtlich, was die ach so Korrekten unter «Sachpolitik» verstehen. Es offenbart sich, dass für die SP ihre Reputation wichti-ger ist, als eine rasche Lösung. Dafür nimmt die Partei auch eine drastische Verwässerung und Verzögerung von mehreren Jahren in Kauf. Beides wäre mit der Lösung des Initianten Thomas Minder und der SVP nicht möglich gewesen. Innerhalb eines Jahres wäre eine griffige Lösung gegen die Abzockerei unter Dach und Fach gewesen. Eine Verwässerung durch den Gesetzgebungsprozess wäre unmöglich gewesen, da die Minder-Initiative wie ein Damoklesschwert über dem Parlament gehangen wäre. Herr Minder hätte erst

nach Abschluss des parlamentarischen Prozesses über einen Rückzug seiner Initiative entscheiden müssen. Es ist klar, dass dies eine Verwässerung durch das Parlament nachhaltig verhindert hätte. Dank der SP hat sich die Sache nun geändert. Sollte die Initiative in einem Jahr angenommen werden, beginnt erst der Gesetzgebungsprozess. Dann aber ohne ein Damoklesschwert über dem Parlament. Es ist deshalb jetzt schon klar, dass dieser Prozess mehrere Jahre dauern wird und dass die Umsetzung der Initiative bis zur Un-kenntlichkeit verwässert wird. SP-Präsident Levrat weiss dies natürlich auch. Er weiss auch, dass einige seiner Gefolgsleute hinter vorgehaltener Hand Herrn Minder für seine Lösung mit der SVP gratuliert haben. Leider haben wir aber mittlerweile gelernt, dass Herr Levrat keinerlei Befähigung zur Sachpolitik mitbringt und lieber mit unbewiesenen Ausfälligkeiten um sich wirft.

Andreas Bazzon, Chur

#### Härteres Vorgehen ist notwendig

Die Berichte über jugendliche Straftäter nehmen nicht ab. So sollen in Winterthur einmal mehr vier ausländische und ein Schweizer Jugendlicher mit Migrationshintergrund ein Mädchen bis zur Bewusstlosigkeit gewürgt ha-ben, um sich an ihr sexuell zu vergehen. Für mich ist klar: Das Problem der Jugendkriminalität ist hauptsächlich ein Migrationsproblem. Natürlich gibt es auch Schweizer Jugendliche die straffällig werden, diese allein wären für unsere Gesellschaft und die Justiz jedoch verkraftbar. Härtere Konse-quenzen wie Wegweisung oder längere Haftstrafen müssen umgesetzt werden. Es ist bedenklich, dass zum Beispiel die Anwälte der Schläger von München den Gerichtsprozess in die

Schweiz verlegen wollten. Dies mit der Begründung, dass die Täter in der Schweiz höchstens vier Jahre Haft zu befürchten hätten, während sie in Deutschland wegen versuchten Mordes mit bis zu zehn Jahren rechnen müssen. Die Verschärfung des Jugend-strafrechts muss weiter vorangetrieben und schliesslich umgesetzt werden. In einem zweiten Schritt müssen Jugendliche und Eltern über das Strafrecht informiert werden, denn harte Strafen wirken nur dann präventiv, wenn alle wissen, welche Strafe eine Tat zur Folge hat. Davon sind wir jedoch noch weit entfernt, denn das heutige Ju-gendstrafgesetz taugt kaum zur Abschreckung

Benjamin Fischer, Volketswil

